

**Vollversammlung des Diözesanrats der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising
12. März 2005 in Fürstenfeldbruck**

Prof. Dr. Alois Baumgartner, Vorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

I.

Die Arbeitslosenzahlen, die Anfang März veröffentlicht worden sind, waren schockierend. Sie haben uns endgültig wieder vor Augen geführt, dass das zentrale Problem unserer Gesellschaft die Beschäftigungslosigkeit ist. Der Schock sitzt tief. 5,2 Millionen Menschen sind arbeitslos. Das ist eine Zahl, die auch jene verschreckt, die noch eine feste Stelle haben. Eine großen deutschen Boulevard-Zeitung hat am Tag der Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen sogar die obligate adrette junge Dame von der Titelseite genommen. Die Schlagzeile kam in Form der Frage: „Vati, warum bist du den ganzen Tag zu Hause?“

Deutschland verändert sich. In der Fernsehshow von Harald Schmidt wird über „Unterschichten“ und „Parallelgesellschaften“ gesprochen. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ titelt in der aktuellen Ausgabe: „Ihr habt uns abgeschrieben.“ Drei lange Artikel rücken die Menschen ins Blickfeld, „die nicht mehr dazugehören“.

Der Blick nach unten ist nicht nur Mode. Dahinter stehen harte Fakten. Die Zahlen des neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sprechen eine deutliche Sprache. Deutschland driftet auseinander. Die Zahl der Reichen wächst auf der einen Seite, und auf der anderen Seite wächst die Armut. Elf Millionen Menschen leben an der Armutsgrenze. Etwa bis zum Jahr 2000 wurden zwar die Reichen reicher, aber die Armen nicht ärmer. Seit einigen Jahren nimmt die Zahl der Personen in den untersten Einkommensklassen wieder zu. Den wohlhabendsten zehn Prozent der Deutschen gehört inzwischen fast die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren zehn Prozent besitzen nichts mehr. Sie haben nur Schulden.

Was nach dem Krieg über vier Jahrzehnte hinweg erfolgreich angestrebt wurde, nämlich der soziale Ausgleich, will uns nicht mehr gelingen. Manchmal hat es den Anschein, wir hätten ihn auch als gesellschaftliches Ziel aus den Augen verloren.

Vor allem aber scheinen viele Verantwortliche aus den Augen verloren zu haben, welche Folgen die Veränderungen und Reformen für einen großen Teil der Bürger in unserem Land haben – gerade auch für die, die sich bisher noch für den Mittelstand hielten. Sie werden unter Druck gesetzt. Bisher sicher geglaubte Arbeitsplätze sind vom Abbau bedroht. Dies schafft Unsicherheit, Angst vor sozialem Abstieg. Die Angst ist nicht grundlos so ausgeprägt. Arbeitslos zu werden, ist mit dem Verlust von Anerkennung verbunden, am Arbeitsplatz wie im privaten Alltag. Arbeitslosigkeit bedeutet, nicht mehr in eine Gesellschaft, die sich wesentlich als Arbeitsgesellschaft definiert, integriert zu sein. Damit kommt sozialer Kitt abhanden. Studien zeigen, dass mit Spaltungsprozessen auch Abwertungen und feindselige Einstellungen gegenüber Zugewanderten und Menschen mit fremder Religion einhergehen.

Den Letzten beißen die Hunde.

II.

Bei der Bewertung von Veränderungen und Reformen spielt der eigene Standort eine wichtige Rolle. In den Chefetagen von Unternehmen und von Politikern ist immer wieder zu hören: „Es gibt keine Alternative“. Anders ist es, wenn wir die Perspektive eines Menschen wahrnehmen, der irgendwo auf dem Flur des Arbeitsamtes steht, nächste Woche fünfzig wird und schon ein ganzes Jahr arbeitslos ist, und jetzt keine Ansprüche mehr hat auf soziale Besitzstände, obwohl er jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat.

Das Sozialwort der Kirchen aus dem Jahr 1997 gibt hier eine eindeutige Richtung vor. „Aufgabe von Christen ist es, die Perspektive der Menschen einzunehmen, die im Schatten des Wohlstands leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben.“

Ich möchte Sie darum bitten, die Sensibilität für Menschen in Not zu schärfen - für Menschen, die von Desintegration, Ausgrenzung und Benachteiligung bedroht sind: Wo leben Menschen in meiner Gemeinde, die „abzusacken“ drohen, die nicht mehr dazugehören, die frustriert oder wütend sind, die keine berufliche und private Wertschätzung erfahren, Menschen, die nicht beteiligt sind am gesellschaftlichen Leben? Wenn wir Beteiligungsgerechtigkeit einfordern, dann ist genau dies gemeint: Menschen aus der Anonymität holen; Menschen in das Gemeinwesen integrieren; ihnen Anerkennung und Wertschätzung zuteil werden lassen. Wir dürfen diese Aufgabe in den Kommunen und Pfarrgemeinden nicht aus dem Blick verlieren. Wir müssen der Menschlichkeit wieder mehr Macht geben und aufhören, den einzelnen Menschen nur als Kostenfaktor zu sehen.

III.

Ich komme zu einem Punkt, auf den ich in vielen meiner Ansprachen und Reden eingehe. Neben den Arbeitslosen tragen vor allem Familien ein erhöhtes Armutsrisiko. Die Folge ist: Kinder in Deutschland bilden die größte Gruppe unter den Empfängern von Sozialhilfe. Unter den 2,8 Millionen Beziehern befand sich Ende 2003 mehr als eine Million Kinder unter 18 Jahren. Was aber oft nicht erwähnt bzw. verdrängt wird: Kinderarmut gibt es, weil Eltern nicht über genug Einkommen verfügen, um sich und ihre Kinder zu versorgen. Es geht also um die Familie. Dies wird oft nicht gesagt, weil die Familie für manche ein bürgerliches, längst ad acta gelegtes Relikt zu sein scheint. Und doch kann das Armutsrisiko von Kindern nur verringert werden, wenn das verfügbare Einkommen von Familien größer wird.

Wer sich heute für Kinder entscheidet, hat sich oft für einen Abstieg entschieden. Besonders gefährdet sind Alleinerziehende und Familien mit mehr als zwei Kindern. Die Daten sind bitter und eindeutig: Von den alleinerziehenden Eltern gelten 35 Prozent als arm. Jede vierte alleinerziehende Mutter, jeder vierte alleinerziehende Vater muss regelmäßig aufs Sozialamt und muss sein Kind mit äußerst knappen Regelsätzen aufziehen.

Ich plädiere dafür, neben dem Familienleistungs- und -lastenausgleich, der unabhängig vom Einkommen allen Familien zugute kommt, eine Grundsicherung für bedürftige Eltern einzuführen. Bedürftige Eltern und Kinder müssen aus der Sozialhilfe herausgeholt werden. Mit Kindern, die zu einem so großen Teil arm, ungefördert, womöglich sogar schlecht ernährt sind, ist die Spaltung von morgen vorprogrammiert. Deswegen ist es auch verheerend, wenn in der Familien- und Jugendhilfe gespart und gekürzt wird. Damit verschwinden die Hilfen, die benachteiligte Familien, Kinder und Jugendliche fördern. Diese Missstände müssen angesprochen werden. Sie verstoßen gegen unser Gerechtigkeitsempfinden.

Bei all dem dürfen wir aber nicht den Fehler machen, nur die Familienprobleme anzusprechen. Wir brauchen eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas: Kinder als Geschenk und Anlass zur Freude – warum sprechen wir so selten davon? Die diesjährige Woche für das Leben setzt hier einen wichtigen Akzent: „Mit Kindern – ein neuer Aufbruch“ - so das Motto. Ich freue mich, dass Kardinal Friedrich Wetter zum Auftakt der Woche für das Leben am Sonntag, 10. April, in der Pfarrei St. Martin München-Moosach eine feierliche Segnung für Kinder, Mütter und Väter durchführen wird. Damit wird ein Zeichen gesetzt: Kinder sind ein Segen.

IV.

Der Vorstand des Diözesanrates lädt in unregelmäßiger Folge Abgeordnete, Vertreter aus Verwaltungen und Verbänden sowie Repräsentanten des kirchlichen Amtes zu einer Politischen Runde ein. Im Januar lautete das Thema: „Wie viel soziale Ungleichheit verträgt Deutschland?“ Es kamen viele Differenzen in der Diagnose und bei den Lösungsansätzen zum Vorschein. In einem Punkt bestand aber Einigkeit: Der Zugang zu Bildungsmöglichkeiten spielt in einem hochentwickelten Land

wie Deutschland die entscheidende Rolle für die Integration, aber auch für die Spaltung der Gesellschaft. Bildung bestimmt den künftigen sozialen Status und die Partizipationsmöglichkeiten jedes Einzelnen. Deshalb darf sich unsere Gesellschaft nicht damit abfinden, dass wir in der Mobilisierung des Bildungswillens in bisher bildungsfernen Schichten ganz offenbar nicht gut vorankommen. Der Vorstand des Diözesanrates hat im Anschluss an eine Klausur vor über einem Jahr einen Arbeitskreis Bildung ins Leben gerufen. Am 8. April laden wir ein zu einer Studientagung. Thema ist: „Bildung - eine Frage der Gerechtigkeit. Welche Bildung brauchen Jugendliche heute?“ Wir führen die Veranstaltung gemeinsam mit dem BDKJ der Erzdiözese München und Freising durch. Das Programm liegt aus.

V.

Anrede,

ich komme zum Schluss meines Berichtes.

(1)

Die Erklärung der Herbstvollversammlung des Diözesanrates zu Märtyrern des 20. Jahrhunderts wurde von unterschiedlichen Seiten aufgegriffen. Ich danke insbesondere Frau Dr. Agerer-Kirchhoff für ihr unermüdliches Engagement. Ihr und unser Ziel war es, die Erinnerung an das Leben und Sterben von Christen zu beleben, die von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden. So hat u.a. der Kolpingverband im KZ Dachau zum Gedenken an den Familienvater und Landwirt Wolfgang Meier eingeladen. Eine Schülerin aus Dorfen hat eine Facharbeit über Wolfgang Meier verfasst. Der Katholikenrat der Region München und der KKV Hansa München haben zu einem Zeitzeugengespräch über Pater Alfred Delp eingeladen.

(2)

Auch die ebenfalls von der Herbstvollversammlung verabschiedete Erklärung gegen den Einsatz von Gentechnik hat Anklang gefunden. Auf einem gemeinsam mit dem Bildungszentrum im Kardinal-Döpfner-Haus veranstalteten Meinungsaustausch zum Thema »Unser täglich Brot – mit Gentechnik?!« warnte eine breite Front von Kritikern, darunter Weihbischof Haßlberger, vor den Folgen der Gentechnik.

(3)

Bedanken möchte ich mich bei allen, die die Unterschriftenaktion „Für das Leben – Gegen Spätabtreibungen“ unterstützt haben. Einige Dekanats- und Kreiskatholikenräte haben eigens die Pfarreien motiviert. Unsere Aktionsfähigkeit ist gar nicht so schlecht. In nur wenigen Wochen wurden von Katholikenräten, Kirchenzeitungen und Verbänden in Deutschland mehrere Hunderttausend Unter-

schriften gesammelt. Der aktuelle Stand in der Erzdiözese München und Freising: 22.547 Unterschriften.

Ich unterstütze die Position von Dr. Walter Bayerlein, die er am 16. Februar anlässlich des Hearings des Familienausschusses des Bundestages zum Thema Spätabtreibung dargelegt hat. Im Arzthafungsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches müsse klar festgelegt werden, dass die Geburt eines behinderten Kindes rechtlich nicht als Schaden geltend gemacht werden kann.

Die Unterschriftenaktion „Für das Leben – Gegen Spätabtreibungen“ läuft noch bis 31. März 2005.

(4)

Ich möchte nicht enden, ohne mich bei Ihnen allen zu bedanken für Ihr Engagement in Kirche, Politik und Gesellschaft. Sie sind ein wichtiger Bestandteil für den sozialen Kitt in unserer Gesellschaft. Auch im Zuge der kirchlichen Strukturreformen wird verstärkt auf das Ehrenamt gesetzt. Hellhörig werden wir, wenn im selben Atemzug die Gremien der ehrenamtlichen Mitverantwortung, also Kirchenverwaltung und Pfarrgemeinderat, vorrangig als „Belastung“ empfunden werden. Es ist schon wahr: Seelsorger müssen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Dies darf aber nicht dazu führen, bewährte dezentrale Strukturen der Mitverantwortung zur Disposition zu stellen.

Aus innerkirchlichen Umstrukturierungsprozessen der letzten Jahrzehnte müssen die richtigen Lehren gezogen werden. So wurden z.B. die Pfarreien im Bereich der Caritas von genuin gemeindlichen Aufgaben „entlastet“. Jetzt überlegt man, wie die Pfarrei vor Ort wieder mehr in den Dienst der Caritas eingebunden werden kann und diesen Dienst auch als ihre genuin gemeindliche Aufgabe sieht. Ähnliches trifft für den Bereich der Erwachsenenbildung zu.

Zentralisierung und Professionalisierung sind nicht der Weisheit letzter Schluss. Wir müssen das Prinzip der Subsidiarität in seiner Bedeutung anerkennen. So hat sich auch nach der kommunalen Gebietsreform gezeigt, dass sich viele kleine Ortschaften von Gemeinderäten und Bürgermeistern nicht ausreichend vertreten und beachtet fühlten. Auch hat sich als negativ ausgewirkt, dass vor Ort ein kommunaler Ansprechpartner fehlt. Aus diesem Grund ist man in den letzten Jahren wieder dazu übergegangen, Ortssprecher zu wählen. Im Grunde füllt der Pfarrgemeinderat eine ähnliche Funktion. Gerade in Gemeinden ohne eigenen Pfarrer ist der Pfarrgemeinderat ein unverzichtbares pastorales Gremium, in dem die Fäden zusammenlaufen. Damit steigt seine öffentliche Anerkennung. So haben z.B. die Analysen der Pfarrgemeinderatswahlen 2002 gezeigt, dass gerade in Pfarreien, die ohne eigenen Priester sind, die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich hoch war, ja beinahe 50 % höher als der diözesanweite Durchschnitt.

Dies könnte natürlich auch damit begründet werden, dass diese Pfarreien meist sehr kleine Pfarreien sind und damit die Identifikation mit der Gemeinde noch größer ist. – Aber auch wenn dies so ist, warum soll man diesen „Standortvorteil“ aufgeben.

Daher unterstützt der Vorstand des Diözesanrates auch das Anliegen des Sachausschusses Territoriale Seelsorge, in kirchlichen Gemeinden ohne Priester offiziell ehrenamtliche Ansprechpartner zu benennen – also jemanden, der sich um die Gemeinde kümmert, wenn der Seelsorger nicht da ist, nicht am Ort wohnt oder mit anderen Aufgaben belastet ist, es kein Pfarrbüro am Ort gibt oder dieses nur stundenweise besetzt ist. Unser Ziel muss es bleiben, die Eigenständigkeit, Selbständigkeit und Lebensfähigkeit der örtlichen Gemeinden und ihre Strukturen zu erhalten und zu stärken.

(5)

Dank an Eva-Maria Heerde-Hinojosa

Vorstellung Dieter Haschner

VI.

Anrede,

vor kurzem wurde von einem evangelischen Theologen in einer großen deutschen Tageszeitung die Krankheit von Papst Johannes Paul II. und die öffentliche Aufmerksamkeit, die sie findet, als „großer Leidenshandel“ und „Papst-Performance in Rom“ beschrieben. Anstatt das Leiden des Papstes in dieser abwegigen Weise zu interpretieren, ist es angebracht zu fragen: Worauf beruht die hohe öffentliche Anteilnahme am Leiden des Papstes? Denn das ist schon bemerkenswert: In einer Welt, die das Sterben, das Leiden und die Hinfälligkeit des Menschen permanent verdrängt, demonstriert ein Mensch in einer hervorgehobenen Stellung wie der des Papstes öffentlich, dass jeder Mensch, auch in seiner Hinfälligkeit, in seinem Leiden und Sterben, Würde hat.

Normalerweise ist das mediale Leitbild der jugendliche, schöne und fitte Körper. Der verfallende Körper löst eher Schock aus, oder er wird, wie bei der Diskussion um die Sterbehilfe, zum Instrument für Agitation. Bei der Berichterstattung über die Krankheit und das Leiden des Papstes erleben wir, dass eine breite, auch außerkirchliche Öffentlichkeit aufrichtig Anteil nimmt. Dies ist für die Humanisierung der Gesellschaft kein nebensächlicher Aspekt.